Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Das “Amerikabild” in Deutschland:

Fakten und Faktoren

Simone Schelk
Praktikantin
Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Konrad-Adenauer-Stiftung
Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. + 1-202-464-5840
Fax. + 1-202-464-5848
office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

„Es sind die vorgefassten Meinungen, die es den Völkern so schwer machen, einander zu verstehen, und die es ihnen so leicht machen, einander zu verachten."
Romain Rolland (1866-1944), frz. Schriftsteller, 1915 Nobelpreis für Literatur

1. Neuer Negativrekord:

Amerikas Image wird immer schlechter

Die weltweit spontan bekundete Sympathie gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 hat sich in eine Antipathie verwandelt[1]. Selbst langjährige NATO-Verbündete und Alliierte in Asien und im Mittleren Osten kehren der Supermacht mittlerweile den Rücken.

In der Umfrageserie, die das Pew Global Research Center 2002 gestartet hat, machte sich im Jahr nach den Attacken noch „eine Reserve guten Willens gegenüber den USA"[2] bemerkbar. Bereits ein Jahr später, nach dem Beginn des Irak-Kriegs im März 2003, konstatierten die Statistiker eine rapide Verschlechterung des amerikanischen Images. 2004 konnten sie trotz des Sturzes des Saddam-Regimes keine Verbesserung vermelden, 2005 sprachen sie bereits von Anti-Amerikanismus, der lediglich in einigen Ländern nicht so stark sei wie in anderen.
Die Umfrage von 2006 aber liefert bislang das für Amerika schlechteste Ergebnis: Mehr als 17.000 Personen in 15 Ländern (einschließlich den USA) wurden befragt, die den Abwärtstrend des Images bestätigen – selbst in Staaten, in denen im Jahr zuvor noch auf eine Verbesserung zu hoffen war. „Das ist die lang anhaltende Natur des Problems des Anti-Amerikanismus", sagt Andrew Kohut, Direktor des Pew Global Attitudes Projects[3]. „Dafür gibt es keine schnelle Lösung."

Ein weiteres Ergebnis der Studie wurde als „besorgniserregend" bezeichnet: Die schlechte Meinung, die die Menschen von den USA haben, bleibt nicht mehr auf die Regierung der Vereinigten Staaten beschränkt, sondern werde zunehmend auf die Bevölkerung übertragen[4]. „Das ist ein tief verwurzeltes und andauerndes Problem", sagt Susan Rice, Senior Fellow bei „The Brookings Institution". Die Expertin für Außenpolitik und für globale Wirtschaft und Entwicklung betont, dass die Umfrage kein „Beliebtheits-Wettbewerb" sei und dass es nicht darum gehe, gemocht zu

---

[1] The Pew Global Attitudes Project: No Global Warming Alarm in the U.S., China. America's Image slips, but allies share U.S. concerns over Iran, Hamas. 15-Nation Pew Global Attitudes Survey. Verfügbar unter: http://pewglobal.org/reports/pdf/252.pdf
[2] Transcript of the Event "Global Attitudes toward U.S. Foreign Policy" at Brookings Institution, June 13, 2006. S. 4. Verfügbar unter: http://www.brookings.edu/comm/events/20060613.htm
[3] Es gibt keine allgemein gültige Definition von Anti-Amerikanismus. Eine Beschreibung des Phänomens findet sich bei Karin L. Johnston, The Media, Perceptions, and Policy in German-American Relations, S. 9. Sie zitiert Pierangelo Isernia, nach dem sich Anti-Amerikanismus aus drei unterschiedlichen Einstellungen zusammensetzt: aus Gefühlen, Glaube und politischer Einstellung.
[4] Transcript, S. 10.

werden. Vielmehr hätten solche Ergebnisse negative und anhaltende Folgen auf die Sicherheit der USA. Die Rolle der Weltführung werde durch diese Studie in Frage gestellt, auch sieht Rice fundamentale Sicherheits- und andere nationale Interessen der USA bedroht. Die Tatsache, dass das Vertrauen in die Vereinigten Staaten selbst bei einem so alten Verbündeten wie Deutschland kontinuierlich im Sinken begriffen ist, sei zwar nicht überraschend, aber alarmierend.

Welche Faktoren bestimmen das Image Amerikas in Deutschland? Welche Rolle spielt dabei die Regierung und ihre Außenpolitik? Welche Folgen hat die jeweilige Meinung über das andere Land für die transatlantischen Beziehungen? Und welche Möglichkeiten gibt es, beide zu verbessern?

Diese Fragen gilt es zu beantworten.

2. Einfluss der Regierung auf das Bild von Amerika

Präsident George W. Bush ist ein streitbarer Politiker – das spiegelt sich in den Zahlen über die Einschätzung seiner Kompetenz wider. Immer weniger Menschen trauen Bush zu, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Er wird nicht nur in Europa, Asien und im Mittleren Osten zunehmend als nicht vertrauenswürdig eingeschätzt, sondern und vor allem auch in den USA selbst. In Deutschland sagt ein Viertel der Befragten, sie würden Bush mit seinen Entscheidungen vertrauen (2001 lag der Wert noch bei 51 Prozent), in Frankreich sprechen nur 15 Prozent und in Spanien sogar nur sieben Prozent dem Präsidenten ihr Vertrauen aus. Selbst „zuhause“ verliert Bush an Boden: Gaben 2003 noch 78 Prozent der Amerikaner an, ihrem Präsidenten zu vertrauen, sind es 2006 nur noch 50 Prozent (2005: 62 Prozent). Damit sind die USA das Land, in dem der Vertrauensverlust für Bush am größten ist[5].

2.1 Größter Konfliktpunkt: Irak-Krieg

Die schlechten Noten für den Präsidenten gehen Hand in Hand mit denjenigen für seine Außenpolitik, insbesondere für den Irak-Krieg.

Der Widerstand in Deutschland gegen den Irak-Krieg sei weniger von Gefühlen oder Instinkten motiviert gewesen, sondern eher von außenpolitischen Entscheidungen der Bush-Administration, lautet die Analyse von Karin L. Johnston für das „American Institute of Contemporary German Studies“[6]. In Deutschland wird das ähnlich gesehen. „Bush als Person wird in Deutschland so stark abgelehnt, weil er diesen

[5] Survey, S. 11. Jahresvergleich, siehe S. S. 29, 30 und 37.
[6] Vgl. Johnston, Karin L., The Media, Perceptions, and Policy in German-American Relations, AICGS Policy Report, Nr. 20, 2005, S. 9. Verfügbar unter: http://www.aicgs.org/documents/policyrept20.pdf

Krieg verkörpert: die Lügen vor dem Krieg, das Leid des anhaltenden Krieges, die Rechtsbrüche und Fehler in diesem Krieg“, kommentiert Kurt Kister in der „Süddeutschen Zeitung“[7].

Der Krieg gegen das Regime Saddam Husseins im Irak stellt sich in der jüngsten Umfrage einmal mehr als beständiger Balast für das Image Amerikas heraus[8]. Mittlerweile wird in zwölf von 14 Ländern die Truppenpräsenz der Amerikaner im Irak als eine größere Gefahr für den Weltfrieden gesehen als Irans mögliche Nuklearwaffen[9]. In zehn von 15 Ländern herrscht die Meinung vor, dass der Krieg im Irak die Welt gefährlicher gemacht habe[10]. Selbst in den USA ist die Mehrheit derjenigen, die an die Sicherheit durch den Irak-Krieg glauben, mit 51 Prozent sehr fragil. Immerhin glaubt noch eine kleine Mehrheit der Engländer (52 Prozent) und der Amerikaner (54 Prozent), dass die Anstrengungen, im Irak eine Demokratie zu errichten, letztendlich Erfolg haben werden. In Deutschland prophezeien dagegen 64 Prozent der Befragten, dass die Demokratisierung des Iraks scheitern wird[11]. „Dass wir den Irak besetzt haben und Iran und Irak als ebenbürtige Staaten auf die „Achse des Bösen“ gesetzt haben, hat unsere Glaubwürdigkeit erschüttert“, stellt Rice fest[12]. George W. Bush erklärt das Sinken des Images der USA bei einem Treffen mit EU-Regierungschefs in Wien im Juni 2006 folgendermaßen: „Die Menschen stimmen nicht mit meiner Entscheidung in Bezug auf den Irak überein, und ich verstehe das. Für Europa war der 11. September ein Augenblick – für uns hat dieser Tag die Denkweise verändert.“[13]

2.2 Ebenfalls umstritten: der Krieg gegen den Terror

Obwohl der Begriff „Krieg gegen den Terror“ ursprünglich in einem anderen Zusammenhang entstanden ist als der Irak-Krieg, werden beide Begriffe häufig synonym verwendet[14]. „Das ist ein Problem, wenn man berücksichtigt, dass der Krieg gegen den Terror weiter gefasst ist als der Krieg im Irak“, sagt Susan Rice und verweist auf amerikanische Truppenaktivitäten in Afghanistan und Somalia.

Doch auch für den nach 9/11 ausgerufenen „War on Terror“ schwindet die Unterstützung. Außerhalb der Vereinigten Staaten sprechen sich lediglich noch Indien und Russland mehrheitlich dafür aus. In Deutschland sind es nur 47 Prozent –

---

[7] SZ vom 11. Juli 2006. http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/431/80351
[8] Survey, S. 1.
[9] Transcript, S. 12.
[10] 76 Prozent der Franzosen sind dieser Meinung, 68 Prozent der Spanier, 66 Prozent der Deutschen und 60 Prozent der Briten. Lediglich in Indien und Nigeria glauben jeweils 41 Prozent, dass der Krieg die Welt sicherer gemacht hat. Survey, S. 13.
[11] Survey, S. 14.
[12] Transcript, S. 12.
[13] http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/07/15/AR2006071500610.html
[14] Transcript, S. 13.

2002 waren es noch 70 Prozent. „Dieser Rückgang ist eines der dramatischsten und bedeutendsten Ergebnisse dieser Studie“, sagt Andrew Kohut.

2.3 Unterschiedliche globale Interessen

Der Blick, mit dem die Deutschen die Amerikaner betrachten und umgekehrt, wird auch von weltweiten Fragestellungen und Interessen bestimmt. Bei globalen Diskussionen wie über das US-Gefangenenlager Abu Ghraib auf Guantanamo, über die Hamas-Wahl in Palästina, über die mögliche nukleare Aufrüstung des Iran und über den Klimaschutz zeigt sich, dass die Schwerpunkte jenseits des Antlantiks anders gesetzt werden.

Während nahezu jeder Deutsche über Abu Ghraib informiert ist (98 Prozent), geben nur 76 Prozent der Amerikaner an, jemals davon gehört zu haben (mehr dazu unter 3.2: Rolle der Medien)[15]. Die deutsche Öffentlichkeit zeigt sich auch von anderen Themen besser unterrichtet. Sehr deutlich ist der Unterschied bei der Hamas-Wahl zu sehen, von der 85 Prozent der Deutschen gehört haben, aber nur 58 Prozent der Amerikaner. „Meistens sind sich Amerikaner bedeutend weniger der weltweiten Ereignisse bewusst als die Öffentlichkeit in Deutschland und anderen Industrieländer“, heißt es in der Studie[16].

Dies zeigt sich auch beim Thema der Erderwärmung. Kaum die Hälfte der Amerikaner, die überhaupt davon gehört haben, sagen, dass sie sich darüber große Sorgen machen (19 Prozent). Vielmehr sorgen sich fast ebenso viele „ein bisschen“ um dieses Thema (26 Prozent) wie „überhaupt nicht“ (21 Prozent)[17]. Interressant dabei ist, dass die amerikanische Öffentlichkeit in ihrem Interesse oder Nicht-Interesse um die globale Erwärmung politisch gespalten ist: Während 65 Prozent der Republikaner von sich sagen, dass sie dieses Thema nicht interessiert, sind es bei den Demokraten nur 32 Prozent[18].

Auch in Bezug auf die Vereinten Nationen (UN) bleiben Amerikaner und Deutsche entzweit. 68 Prozent der Deutschen denken positiv über die UN, wohingegen sich nur eine knappe Mehrheit der Amerikaner (51 Prozent) für deren Politik ausspricht[19]. Hier markieren die Anschläge vom 11. September 2001 einen Umschwung in der öffentlichen Meinung: Kurz zuvor hatten sich noch 77 Prozent positiv über die UN geäußert.

---

[15] Survey, S. 21.
[16] S.o.
[17] Ebd, S. 22. Im Sommer 2006 hat der Präsidentschaftskandidat der Demokraten von 2000, Al Gore, den Dokumentarfilm „An inconvinient Truth“ in die amerikanischen Kinos gebracht. Darin klärt der Politiker über die Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung auf.
[18] S. o.
[19] Survey, S. 24.

Angenähert haben sich Amerika und Deutschland dagegen beim Thema Israel. Die Vereinigten Staaten haben sich in vergangenen Umfragen durch ihre stark pro-israelische Haltung (48 Prozent) von anderen Ländern abgehoben. Das hat sich gändert, da vor allem die Deutschen mehr Sympathie für Israel im Nahost-Konflikt zeigen. Fast jeder vierte Deutsche (37 Prozent) sagt, dass er mit Israel sympathisiert, wohingegen sich nur 18 Prozent pro-palästinensisch nennen. Noch im März 2004 waren die Deutschen gespalten (24 Prozent pro-israelisch eingestellt, 24 Prozent pro-palästinensisch)[20].

3. Warum wir anders denken:

Erklärungsversuche für das Amerikabild

Das Bild, das sich die Deutschen von Amerika und den Amerikanern machen, hängt sehr starkt mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zusammen. In Umfragen wird dieses Datum als Anhaltspunkt genommen, in denen es sich dann oft als Wendepunkt in der bisherigen Entwicklung von Meinungen herausstellt (siehe die Zahlen in Bezug auf die Beliebtheit der Amerikaner, der UN usw.). Die Herausforderungen, die 9/11 nach wie vor nach sich zieht, bestimmen heute die Sicht auf die jeweils andere Seite des Atlantiks. „International öffnet sich eine Schere der Asymmetrie zwischen Amerika und der übrigen Welt“, beschreibt der Leipziger Historiker Dan Diner diese Entwicklung[21].

Der Irak-Krieg hat diese Entwicklung nach 2003 weiter verschärft. An ihm lässt sich exemplarisch ablesen, dass die Deutschen zu einigen Instrumenten der Außenpolitik eine andere Position einnehmen. So haben Deutsche und Amerikaner zwar weiterhin grundlegende westliche Werte gemein. Aber die Gemeinsamkeiten enden, sobald Fragen bezüglich von Gewaltanwendung und internationaler Kooperation aufkommen[22]. Allgemein kann man sagen, dass jede Nation aufgrund ihrer jeweiligen Geschichte und Kultur andere Werte hat und demnach unterschiedliche Interessen verfolgt.

In Bezug auf Deutschland und Amerika heißt das, dass die deutsche Geschichte eine in der Öffentlichkeit tief verwurzelte Skepsis gegenüber dem Gebrauch von (Waffen)Gewalt geschaffen hat, die einen Krieg o. ä. nur als letzten Ausweg und innerhalb eines multilateralen Bündnisses akzeptiert[23]. Dagegen tendieren Amerikaner eher dazu, die Anwendung von Gewalt zu akzeptieren, wenn das Argument der Sicherheit ihres Landes angeführt wird.

Auch wenn es darum geht, Partner in Entscheidungen miteinzubeziehen, gehen Amerikaner und Deutsche getrennte Wege. Letztere suchen die Unterstützung

[20] Ebd, S. 23.
[21] Diner, Dan, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. Berlin 2002. S. 205.
[22] Vgl. Johnston, S. 10.
[23] S.o.

multilateraler Institutionen und weitgehenden Konsens – sowohl in der deutschen Öffentlichkeit, als auch in der Außenpolitik. Amerikaner sind im Gegensatz dazu eher bereit, unilateral zu agieren, wenn die Verantwortlichen starke Argumente anführen, die den Kern der Bedrohung mit der Notwendigkeit zur Selbstverteidigung verknüpfen.

Die Auffassung von internationalem Recht ist ebenfalls auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich. Deutsche sehen internationale Normen, Gesetze und Verträge als legitim an und als eine wichtige Einschränkung, um einem möglichen Machtmissbrauch im internationalen System vorzubeugen. Dahingegen neigt die momentane US-Regierung eher dazu, die Gültigkeit von internationalem Recht nicht so ernst zu nehmen, wenn dies ihre Absichten behindern könnte – obwohl diese Auffassung nur von einer Minderheit der Bevölkerung befürwortet wird[24].

3.1 Gemeinsame Werte, unterschiedliche Geschichte

Sowohl Deutschland als auch die Vereinigten Staaten sind liberale Demokratien und haben bisher oft die gleichen außenpolitischen Grundsätze verfolgt. Aus welchem Kontext heraus resultieren dann diese unterschiedlichen Einstellungen und Handlungsweisen?

Auf amerikanischer Seite hat die Vorstellung von den USA als dem einzigen moralischen Schiedsrichter in einer korrupten Welt eine lange Geschichte und schwingt in dem Glauben mit, die USA seien die strahlende Stadt auf dem Berg und anderen moralisch überlegen[25]. Dieses Selbstbildnis entspreche zwar den Amerikanern, widerspreche aber auch oft genug dem Liberalismus, der ebenso Teil der nationalen Kultur sei und gemeinsame Aktionen und Multilateralismus miteinschließe.

Auf deutscher Seite scheint es so, als habe die Gesellschaft immer noch die Erfahrung des Nationalsozialismus zu bewältigen[26]. Die westdeutsche Gesellschaft habe im Zuge dessen eine Identität entwickelt, die man als eine „Kultur der Zurückhaltung“ beschreiben könne. Die wichtigste daraus resultierende und der amerikanischen Kultur am entgegengesetztesten Verhaltensweise ist die Ablehnung jeglicher militärischen Gewalt. „Die Lehren des Zweiten Weltkriegs mündeten in einen Anti-Militarismus, der den Gebrauch von militärischer Macht zur Wahrung des nationalen Interesses zurückweist.“[27] Kritikern in den Vereinigten Staaten erscheint diese Haltung als feige und entspricht dem Klischee des „europäischen Feiglings“.

---

[24] Johnston, S. 10.

[25] Hampton, Mary N., Re-Creating the World: An Examination of Public Opinion, the Media, and Foreign Policy in the United States and Germany. In: The Media-Public Opinion-Policy Nexus in German-American Relations. AICGS-German-American Issues, Nr. 5. Washington 2005. S. 36. Hampton verweist in diesem Zusammenhang auf Reden von Woodrow Wilson, Ronald Reagan und George W. Bush, denen der Bezug auf das „Böse in der Welt“ und die Verbreitung von Demokratie und Freiheit gemein ist. Verfügbar unter: http://www.aicgs.org/documents/germanamerican5.pdf

[26] Hampton, S. 36.

[27] S. o.

So kommt es also zu einem „kulturellen Missverständnis“: Während Amerikaner ihr Verhalten in der Welt als nobel und als eine Berufung verstehen, sehen Deutsche dies oft als ungeschickt und aggressiv (hier greift das Klischee vom „Rambo“ oder „Cowboy“). Umgekehrt betrachten Amerikaner jenes Verhalten der Deutschen als Schwachheit oder bequemen Eigennutz, was ihnen selbst als gemäßigt, zivilisiert und gerecht vorkommt[28].

3.2 Rolle der Medien

Bei der Beurteilung der jeweils anderen Seite des Atlantiks spielen die Medien eine große Rolle[29]. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung, die wiederum politische Entscheidungen mitbestimmen kann[30]. Sie geben den Menschen durch ihre Berichterstattung die Möglichkeit zur Meinungsbildung. „Die Presse kann den Menschen nicht sagen, was sie denken sollen, aber sie kann ihnen sagen, was sie worüber denken sollen.“[31]

3.2.1 Ein Krieg, zwei Darstellungen

Welchen Einfluss aber haben Medien auf das Amerikabild in Deutschland? Jede Menge, muss die Antwort lauten, wenn man die Berichterstattung über den Irak-Krieg exemplarisch betrachtet. In deutschen Medien wurde die amerikanische Intervention als eine Verletzung des internationalen Rechts gesehen, als eine Verschärfung bereits bestehender Spannungen, als ein Beitrag zu mehr Instabilität in der betroffenen Region und als Verursacher für unzähliges menschliches Leid[32]. Diese Darstellung spiegelt sich auch in der Meinung der Deutschen wider.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auf amerikanischer Seite, allerdings unter anderen Vorzeichen. Dort deckte sich die Berichterstattung weitgehend mit der Argumentation der Bush-Administration: Der Krieg wurde in Zusammenhang gestellt mit den Anschlägen vom 11. September, dem „Krieg gegen den Terror“ und der akuten Bedrohung der USA durch Massenvernichtungswaffen, die Saddam Hussein besessen haben soll[33]. Berichte, die diese Argumentationslinie in Frage stellten, sind entweder gar nicht erschienen oder wurden im hinteren Teil der Zeitung platziert. Diese Art der Berichterstattung hatte zur Folge, dass große Teile der amerikanischen Öffentlichkeit an den eklatanten Fehleinschätzungen über die Lage im Irak festhielten. Eine Umfrage der University of Maryland von 2003 zeigt, dass die

---

[28] Hampton, S. 37.
[29] Johnston, S. 7. Vgl. zu diesem Thema auch Hampton, S. 31 ff.
[30] Johnston, S. 7. Johnston bezieht sich dabei auf jüngste Studien, die die konventionelle Meinung von einer uninteressierten und uninformierten Öffentlichkeit widerlegen und zeigen, dass die öffentliche Meinung sehr wohl für politische Entscheidungen insbesondere in der Außenpolitik entscheidend ist.
[31] Zitiert nach: Soroka, Stuart N., Media, Public Opinion, and Foreign Policy, Harvard International Journal of Press/Politics, 2003, S. 27.
[32] Johnston, S. 8.
[33] S. o.

Mehrheit der Amerikaner tatsächlich an den Fund von Massenvernichtungswaffen im Irak glauben, dass eine Verbindung besteht zwischen Saddam Hussein und Al Quaida und dass die Weltöffentlichkeit die Entscheidung der US-Regierung unterstützt hat, in den Irak einzumarschieren.

Ein weiteres Beispiel für die unterschiedlichen Schwerpunkte in der Berichterstattung liefern die US-Militärgefängnisse Abu Ghraib und auf Guantanamo (Kuba). Während nahezu jeder Deutscher angibt, über die Misshandlungen in den Haftanstalten informiert zu sein (98 Prozent), sagen nur 76 Prozent der Amerikaner, sie hätten überhaupt davon gehört.[34]

Mittlerweile haben sowohl amerikanische als auch deutsche Journalisten ihre eigene Berichterstattung über den Irak-Krieg kritisiert. Die Amerikaner räumen ein, die Situation und die Informationen, die sie von der Regierung erhalten haben, nicht kritisch genug beurteilt zu haben. Deutsche Korrespondenten haben hingegen zugegegeben, dass sie vor allem negative Stereotype eines aggressiven Amerikas verwendet haben, um den „illegalen“ Aspekt des Irak-Kriegs deutlich zu machen[35]. Allerdings berichten auch zunehmend deutsche Journalisten über bestimmte Vorgaben ihrer Redaktionen bzw. Sendeanstalten, die vorwiegend Berichte abdrucken und senden, die dem in Deutschland gängigen Bild von Amerika entsprechen. Objektive Berichte lassen sich demnach schlechter verkaufen.

Zwar wäre es zu einfach zu sagen, dass man sich nur davon ein Bild machen kann, worüber man im Bilde ist – dennoch lässt sich der große Anteil der Medien an der öffentlichen Meinungsbildung nicht von der Hand weisen. „Wenn Deutschland und andere Staaten negativ auf die USA reagieren, ist das oft gegen das Image gerichtet, das als arrogant und unilateral beschrieben werden kann und in der deutschen Presse of als Cowboy, Tyrann oder Rambo charakterisiert wird.“[36]

3.2.2 Kritik im eigenen Land

Allerdings wird mit diesen Klischees nicht nur außerhalb der USA gespielt. Das Titelbild der “Times” vom 17. Juli 2006 zeigt Cowboystiefel und einen überdimensionalen Cowboyhut mit dem Emblem des „President of the United States“. Der Titel lautet: „The End of Cowboy Diplomacy. What North Korea, Iraq and Iran teach us about the limits of going it alone.”

Auch in der Tagespresse wird die Politik der Bush-Regierung gerade in Bezug auf die Folgezeit von 9/11 kritisiert – und in Zusammenhang mit der sich weltweit verschlechternden Außenwirkung der USA gebracht[37]. Die täglich erscheinenden

---

[34] Survey, S. 4. Kohut erklärt diese Diskrepanz damit, dass Amerikaner ihr Interesse eher auf die Geschehnisse innerhalb des Landes richten als nach außen. Transcript, S. 5.
[35] Johnston, S. 9.
[36] Hampton, S. 36.
[37] Als ein Beispiel von vielen sei die Sonntagsausgabe der Washington Post vom 16. Juli 2006 genannt, in der auf drei Seiten über die Terroranschläge vor nahezu fünf Jahren, die Reaktionen der Bush-

Zahlen der aktuellen Todesopfer im Irak in der „Washington Post“ und die veröffentlichten Berichte samt Bilder über die Beisetzung gefallener Soldaten auf „Arlington Cemetery“, Amerikas größtem Militärfriedhof, sind im Alltag präsent und legen Zeugnis ab über den hohen Preis der Bush-Mission.

Der Einsatz hat nicht nur die beiden Parteien der Demokraten und Republikaner entzweit[38], sondern auch die Bevölkerung. Eine Umfrage im Auftrag der Washington Post zeigt, dass mittlerweile nur noch 40 Prozent der Amerikaner den finanziellen und personellen Einsatz im Irak für angebracht halten. Drei von fünf Amerikaner hingegen sagen, dass der Krieg nicht zu lang anhaltendem Frieden und dauerhafter Stabilität beiträgt – und drei von vier Befragten sind der Meinung, dass der Krieg dem Image Amerikas in der Welt schadet.

3.3 Rolle der Regierung:

Public Diplomacy als Instrument der Außenpolitik

Die amerikanische Regierung weiß um ihr schlechtes Image und um die weltweit gespaltenen Meinungen über ihre Politik. Um den Menschen nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Ländern die politischen Entscheidungen transparent zu machen und die Botschaft, die dahinter steckt, zu verdeutlichen, wurde 1999 im US Department of State die Abteilung der „Public Diplomacy and Public Affairs“ geschaffen[39]. Deren Leiterin, Karen Hughes, soll eine der wichtigsten und am häufigsten konsultierten Mitarbeiter von Präsident George W. Bush sein. Sie und ihre Mitarbeiter haben die Aufgabe, Entscheidungen der Regierung der Öffentlichkeit verständlich zu machen[40]. Dabei verfolgt die Abteilung allgemein das Ziel, die positive Vision von Hoffnung weltweit zu verbreiten, in der Amerikas Glauben an Freiheit, Gerechtigkeit und Respekt gründet[41].

Als aktuelles Thema steht die Isolierung von Extremismus auf der Agenda: Mit Public Diplomacy soll gegen das von Extremisten beschworene Bild vom Konflikt des Westens mit dem Islam angekämpft werden, indem auch von staatlicher Seite her Respekt für die muslimische Kultur und den Glauben demonstriert wird. Als Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis werden gemeinsame Interessen

---

Administration und die Auswirkungen in der Bevölkerung berichtet wird. Die meist gelesene Zeitung in der amerikanischen Hauptstadt startete eine Serie anlässlich des bevorstehenden fünften Jahrestag der Anschläge. Abrufbar unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/nation/special/6/index.html

[38] Eine Umfrage der Washington Post und des Senders ABS News zeigt, dass die Lager bereits vor dem Einmarsch in den Irak im März 2003 entzweit waren: Während 78 Prozent der Republikaner eine Intervention befürworteten, sprachen sich 57 Prozent der Demokraten dagegen aus. Im Juli 2003 waren nur noch 34 Prozent der Demokraten für diesen Krieg, während sich 84 Prozent der Republikaner positiv äußerten. Die jüngste Umfrage dieser Art zeigt eine noch größere Kluft zwischen den Parteien. Siehe Artikel unter: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/07/15/AR2006071500610.html

[39] http://en.wikipedia.org/wiki/Under_Secretary_for_Public_Diplomacy_and_Public_Affairs

[40] http://www.state.gov/r/

[41] S. o.

und Werte gesehen, die es gilt, zwischen Amerikanern und Menschen anderer Länder, Kulturen und Glaubensgruppen zu schaffen[42]. Mit diesem Auftrag stellt die Abteilung „Under Secretary for Public Diplomacy and Public Affairs“ selbst ein wichtiges Instrument der US-Außenpolitik dar[43].

3.4 Rolle der Religion: Säkulares Europa vs. religiöses Amerika?

„Nun sag, wie hast du's mit der Religion?“ Die Gretchenfrage ist auch auf internationaler Ebene von elementarer Bedeutung für das gegenseitige Verständnis. Während den Deutschen die religiöse Rhetorik und öffentliche Glaubensbekenntnisse amerikanischer Politiker fremd anmuten, können umgekehrt die Amerikaner nicht nachvollziehen, weshalb der Satz von Bundespräsident Horst Köhler „Gott segne unser Land“[44] eine ganze Nation in Aufregung versetzt oder weshalb sich die Europäer nicht zu einem „christlichen Europa“ bekennen wollen.

Säkulares Europa versus religiöses Amerika? In den transatlantischen Beziehungen ist diese Diskrepanz offensichtlich. So stimmten 2005 39 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass die USA zu religiös seien – wohingegen zur gleichen Zeit 58 Prozent der Amerikaner sagten, dass die USA nicht religiös genug sei[45]. Im Juli 2005 sprach sich knapp über die Hälfte der Amerikaner (51 Prozent) dafür aus, dass die Kirchen ihre Ansichten über aktuelle Geschehnisse in der Politik äußern.

Obwohl oder gerade weil die Trennung zwischen Kirche und Staat in der amerikanischen Verfassung („Establishment Clause“) festgeschrieben ist, können Europäer bzw. Deutsche diese augenscheinliche Vermischung der beiden Bereiche nicht nachvollziehen. „Eine Möglichkeit, auf die amerikanische Öffentlichkeit zu schauen, ist ihre starke Zustimmung zur konstitutionellen Trennung von Staat und Kirche zu erkennen. Aber das setzt keine Trennung von Politik und Kirche voraus“, sagt Professor Michael Sanders[46] und betont den Unterschied zwischen Staat und Politik.

Auch scheint es paradox, dass sich das so gerne als „modernstes Land der Welt“ bezeichnetete Amerika, die Neue Welt, auf so „alte“ Werte und Traditionen bezieht. In den Ohren unreligiöser Deutschen klingen religiöse Bezüge in der Öffentlichkeit deshalb nach vormodernem Gedankengut, nach einer Zeit, die Deutschland im Zuge der Reformation und Aufklaerung meint, überwunden zu haben. „Wenn George W.

---

[42] S. o.

[43] Vergleichbar mit „Under Secretary for Public Diplomacy and Public Affairs“ in Deutschland ist die Abteilung “Deutschlandbild im Ausland” im Auswaertigen Amt in Berlin. http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/AA/Kommunikation.html#t1

[44] http://www.bundespraesident.de/Anlage620405/23.05.2004-Wahl.pdf

[45] The Pew Global Attitudes Project, “American Character Gets Mixed Reviews”, 6, 26.

[46] Zitiert nach Fisher, Cathleen S., Religion in German-American Relations: Much Ado about Nothing? In: Understanding the “God Gap”: Religion, Politics, and Policy in the United States and Germany. AICGS German-American Issues No. 4., S. 45 ff.

Bush zugibt zu beten, klingt das wie Johanna von Orléans, die Stimmen hört", beschreibt ZEIT-Autor Josef Joffe pointiert[47].

In Deutschland hat die Debatte über Religion im politischen Leben neue Dynamik bekommen. Die Wahl von Kardinal Joseph Ratzinger zum Oberhaupt der katholischen Kirche, zu Papst Benedikt XVI., hat den Katholizismus belebt und während des Katholischen Weltjugendtags eine bis dato unbekannte Begeisterung über Kirche und Religion ausgelöst. Zwar bleiben Äußerungen über den eigenen Glauben in der Öffentlichkeit – im Gegensatz zu den USA – eher die Ausnahme als die Regel. Dennoch wird das religiöse Bewusstsein in Deutschland zunehmend auch durch aktuelle politische Debatten gestärkt. Nicht nur in Bezug auf die Außenpolitik (wie die Diskussion über den Zusatz in der EU-Verfassung, ein „christliches" Europa zu sein), sondern und vor allem auch in der Innenpolitik durch die Immigrationsdebatte. Die Diskussionen über Ehrenmorde oder das „Kopftuchverbot" haben Fragen nach der gelungenen bzw. misslungenen Integration muslimischer Einwanderer laut werden lassen. Dabei spielt das Verständnis der anderen Religion und Kultur eine elementare Rolle – nicht nur für das Funktionieren der Gesellschaft, sondern auch für den Frieden und die Sicherheit des eigenen Landes.

Religion ist wegen eines weiteren Aspekts für das transatlantische Verhältnis relevant: Religion stellt ein Wertesystem dar, in dem die Menschen agieren. Sie kann erklären helfen, warum jenseits des Atlantiks anders gehandelt wird als auf der anderen Seite.

Für Amerika gilt, dass dies ein Einwanderungsland ist, das viele Menschen gerade wegen ihres Wunsches nach freier Religionsausübung aufgesucht haben. Auch erklärt sich teilweise die Haltung der Amerikaner aus der religiösen Sicht: Ihr Glaube, eine einzigartige und auserwählte Nation zu sein und mit einer besonderen Mission die Welt zu ändern, kann ihre Weltsicht und ihr Handeln erklären und zumindest verständlicher machen.

Dagegen hat die Geschichte dem „alten Kontinent" eine andere Lehre erteilt und ist der deutschen und europäischen Gesellschaft ein warnendes Beispiel der zerstörerischen Einflüsse von Religion, wenn sie zu sehr mit der politischen Sphäre vermischt wird[48].

Religion als kultureller Kontext tritt im transatlantischen Verhältnis vor allem dann hervor, wenn es um Verhandlungen mit anderen Ländern geht. Als Beispiele seien hier der Umgang mit muslimischen Ländern oder mit dem Nahost-Konflikt genannt[49].

---

[47] Josef Joffe hat im Mai 2006 in Washington über Anti-Semitismus und Anti-Amerikanismus gesprochen. Abrufbar unter: http://pewforum.org/events/print.php?EventID=111. Joffes juengst veroeffentlichte Buch beschaeftigt sich mit Amerikas Rolle als Supermacht: Überpower. The Imperial Temptation of America. W. W. Norton & Company, Juni 2006.

[48] Vgl. Fisher, S. 49.

[49] S. o.

Als Antwort auf die Gretchenfrage müsste Amerika also sagen: „Ich halte sehr viel von Religion“, während Deutschland eher geneigt wäre zu behaupten „Mit Religion habe ich eigentlich nicht mehr so viel zu tun, aber...“

4. Fazit

Das Bild der Vereinigten Staaten in der Welt hat sich seit Bushs politischem Kurs in der Zeit nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 kontinuierlich verschlechtert. Das kann als schlechte Nachricht gelten. Die gute Nachricht hingegen lautet, dass die Menschen auf der anderen Seite des Antlantiks in ihrer Beurteilung die US-Regierung nicht ohne weiteres mit der Bevölkerung gleichsetzen. „Amerikaner sind weiterhin relativ beliebt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien“, heißt es in der Pew-Studie. 66 Prozent der Deutschen haben eine hohe Meinung von den Amerikanern – und ebensoviele Amerikaner denken dasselbe von den Deutschen[50].

Bei allem Zwist auf politischer Ebene scheint es um die Völkerverständigung also nicht ganz so schlecht zu stehen. Es gibt – politisch wie zwischenmenschlich – auch einiges, das die beiden westlichen Länder vereint. Politisch ist dies momentan die gemeinsame Besorgnis über die iranische Regierung und ihre mögliche Bedrohung für die Welt[51]. Auch in der Beurteilung des Sieges der Hamas stimmen zumindest die Hälfte der Amerikaner mit 71 Prozent der Deutschen darin überein, dass das Ergebnis der Wahl ungut für die palästinensische Bevölkerung ist[52]. Des weiteren sind Deutsche und Amerikaner darin vereint, wenn es um die Zufriedenheit bzw. vielmehr Unzufriedenheit mit dem Zustand ihrer Nation geht. Lediglich 29 Prozent der Amerikaner äußern sich zufrieden – das gleiche Bild ergibt sich in Deutschland[53]. Besänftigend auf die Deutschen in der Beurteilung ihrer transatlantischen Nachbarn könnte auch wirken, dass die Unterstützung der Amerikaner für ihren Präsidenten, der in Deutschland sehr umstritten ist, sinkt. „Es ist geradezu ironisch, dass das amerikanische Image schlechter wird in einer Zeit, in der die amerikanische Öffentlichkeit und die unserer langjährigen Verbündeten so viele Gemeinsamkeiten zeigen“, kommentiert Andrew Kohut das Verhältnis[54].

Obwohl der Katalog der Faktoren, die die USA von Deutschland entzweien, lang ist, gibt es auch einige gemeinsame Interessen und Probleme. Deshalb würden sowohl die USA als auch Deutschland von einem nuancierteren Verständnis der jeweiligen

---

[50] Survey, S. 10. Der Wert hat sich him Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert: 2002 dachten noch 70 Prozent sehr positiv über die Amerikaner, 2004 waren es 68 Prozent und 2005 65 Prozent.
[51] 51 Prozent der Deutschen und 46 Prozent der Amerikaner sehen die iranische Regierung als große Gefahr für die Region bzw. die ganze Welt an und führen damit die Liste der am meisten besorgten Länder an. Survey S. 17.
[52] Survey, S. 2.
[53] Survey, S. 5.
[54] Transcript, S. 5.

Unterschiede profitieren – und dazu gehört die Kenntnis der anderen Geschichte und Kultur mit ihrem Wertesystem.

Pointiert gesagt: Um zu verstehen, warum wir uns nicht verstehen, muss man den jeweiligen Hintergrund verstehen – dann können wir uns wieder verstehen.